

**ver.di**

# vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE  
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



Informationstechnik:  
**Schönes  
neues  
Finanzamt**

**Seite 3: 10 Jahre vau**

# Eine Frage der Technik

**„Es ist ein interner Systemfehler aufgetreten, bitte verständigen Sie Ihren EDV-Betreuer.“**

**Kommt Ihnen dieser Hinweis auch bekannt vor? Kein Wunder, denn diese Einblendung – und leider auch zahlreiche andere Ärgernisse mit der IT-Technik – gehören zu unserem Arbeitsalltag.**

Ohne Frage führt die permanente Weiterentwicklung der IT-Welt in vielen Fällen zu Verbesserungen und Erleichterungen der täglichen Arbeit. Das in Frage zu stellen wäre absurd und alles andere als zeitgemäß. Aber die IT-Technik ist nicht nur ein Segen, sondern auch ein Fluch – die Beschäftigten in den Finanzämtern erleben das viel zu oft. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Lizenzfreie oder kostengünstige Programme, abgespeckte Programmversionen, aufwändige Sicherungsmechanismen, nicht kompatible Programme aus anderen Bundesländern oder zu schwerfällige Verfahrensweisen für die Fehlerbeseitigung, unzureichende Fortbildung sind nur einige der Gründe, die uns das moderne Leben in der Steuerverwaltung so schwer machen.

Hinzu kommt, dass mit dem Einsatz eines jeden neuen IT-Programms seitens des Arbeitgebers behauptet wird, es erleichtere die Arbeit und spare Zeit. Bevor der entsprechende Beweis erbracht wird, sind schon wieder Stellen eingespart.

Das mag zwar am Beginn der IT-Entwicklung im Hinblick auf Datenabfragen, Datentransfer, Steuerberechnung und Bescheiderstellung noch nachvollziehbar gewesen sein. Inzwischen steht die Berliner Steuerverwaltung technisch und personell aber kurz vor dem

Kollaps. Die Unmengen von Daten, die Gesamtzahl der Rechner, die Vielfältigkeit und offenbare Unterschiedlichkeit der Programme, die Einführung von Elster, Elost, Elstam etc. führen die Kolleginnen und Kollegen und auch die Technik selbst an den Rand der Belastbarkeit. Dies gilt auch für jene, die für einen störungsfreien Betrieb und die Betreuung der IT-Landschaft sorgen sollen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat es bis heute versäumt, für die rasante Entwicklung der IT-Ausstattung ausreichend personelle Kapazitäten bereitzustellen. Es darf alles nichts kosten ... Das TFA braucht dringend mehr Leute, um die bisherigen und neuen Aufgaben, wie z. B. die Bereitstellung der technischen Voraussetzungen für die alternierende Telearbeit, leisten zu können. Aber auch in den einzelnen Finanzämtern gibt es nicht genug Personal für den „Support vor Ort“. Es geht nicht an, dass die PC-Betreuung hier vielfach praktisch als Ehrenamt übertragen und ausgeübt wird.

Zuviel Arbeit, zuviel Ärger und Fehler mit den Programmen, keine Ruhe für konzentrierte Arbeit und dann noch Zeitversäumnis statt Zeitgewinn ... viele Kolleginnen und Kollegen sind vom täglichen „Kampf mit der Kiste“ so genervt, dass sie sich innerlich schon wieder von der IT verabschieden. Am Ende drückt man häufig einfach nur noch auf Enter, egal was der eigentliche Plan war. Eine fatale Entwicklung, denn das digitale Zeitalter 4.0 steht uns bevor ...

Das derzeitige IT-System ist für die Kolleginnen und Kollegen eine Zumutung. In Zeiten von Mars- und Venusexpeditionen sollte den Bediensteten eine Hard- und Software zur Verfügung gestellt werden können, die unterstützt, entlastet und nicht hemmt!

**Wir fordern die Senatsverwaltung auf, erst das bisherige IT-System mit all seinen Programmen funktionstüchtig zur Verfügung zu stellen, bevor wieder neue Programme und Updates weitere Verwirrung stiften. Dafür braucht es Zeit, die muss man sich nehmen.**

**Ein schöner Grund zum Feiern: Vor 10 Jahren erschien die erste Ausgabe der vau. Titelstory damals: Der PC – Hilfe oder Bremse? Das selbe Problem also, wenn auch auf anderem Niveau. Wenn Sie mehr aus den letzten zehn Jahren lesen möchten, stöbern Sie doch einmal in unserem vau-Archiv unter [vau-online.de/vau\\_archiv.htm](http://vau-online.de/vau_archiv.htm)**

## Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, [antje.thomass@verdi.de](mailto:antje.thomass@verdi.de)  
Redaktion: Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann, Eric Lausch, Anke Misir, Samuel Szillat  
Layout: Manfred Schultz  
Herstellung: tableau GmbH  
Leserbriefe an: [info@vau-online.de](mailto:info@vau-online.de)

## 10 Jahre vau: Unsere Redaktion



# Ehrlich gesagt ...

freue ich mich sehr über die Hilfsbereitschaft meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Finanzämtern: Spontan meldeten sich über 60 Freiwillige, die den Flüchtlingen helfen und zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen im LAGeSo tätig werden möchten. Diese Bereitschaft zeigt mal wieder das große Pflichtbewusstsein der Beschäftigten aus den Berliner Finanzämtern, und das ist großartig! Vorerst werden wohl 22 tatsächlich dort eingesetzt. Ich bin mir sicher, dass alle einen wertvollen Beitrag vor Ort leisten werden.

Nach der „Freude“ darüber stellt sich dann jedoch gleich die Frage, wer denn die Arbeit dieser abwesenden Kolleginnen und Kollegen nun machen soll ... Angesichts des politisch gewollten Personalmangels kann man hier nur feststellen,

dass die Decke einfach zu kurz ist. – Wird an einer Seite berechtigt gezogen, fehlt es sofort spürbar an der anderen. „Polster“ zum Kompensieren sind nicht mehr vorhanden und Jede und Jeder, die bzw. der geht, reißt ein Loch, das nicht gestopft werden kann. Diese Erkenntnis muss man dann auch so hinnehmen – und zwar mit allen Konsequenzen. Politik und Verwaltung müssen klar Position beziehen, und diese kann nur heißen, dass Menschen wichtiger sind als Akten und die Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen wichtiger ist, als die Bearbeitung eines Verwaltungsaktes.

Für die Finanzämter muss dies konkret bedeuten, dass eine Zielvereinbarung dann eben mal nicht geschafft wird. – Deshalb geht die Welt nicht unter!



Francisca Bier  
Vorsitzende der  
Fachkommission  
Steuerverwaltung

## 10 Jahre vau

### Einmalig vielseitig

Wenn eine Betriebszeitung auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, dann ist das nicht selbstverständlich. Denn dafür braucht es immer auch engagierte Kolleginnen und Kollegen, die ihre gewerkschaftliche Arbeit transparent machen wollen und für die die Information der Beschäftigten ganz oben steht.

Die Berliner Finanzämter haben mit der „vau“ seit zehn Jahren eine spannende, unterhaltsame und informative Zeitung, die in der Betriebszeitungslandschaft ihresgleichen sucht. Die vau greift die Themen auf, die für die Beschäftigten in den Finanzämtern von Interesse sind. Dabei verzichtet sie auf langatmige Abhandlungen, sondern sie bringt die Dinge immer wieder schnell und ohne Umschweife auf den Punkt. In ihren Interviews, Kommentaren, Glossen und Artikeln verpackt sie die Informationen und Meinungen auf ganz unterschiedliche Weise und ist damit ebenso informativ wie unterhaltsam. Das findet nicht nur in den Finanzämtern, sondern weit darüber hinaus Beachtung.

Die Steuerpolitik hat für ver.di eine große Bedeutung. Eine gerechte Besteuerung ist für eine Gewerkschaft von eminenter Wichtigkeit. Schließlich vertritt ver.di die Beschäftigten, die eine Hauptlast des Steueraufkommens tragen müssen. ver.di hat viele Vorschläge gemacht, in der Steuerpolitik umzusteuern und den Steuervollzug zu stärken. Dazu bedarf es personell und technisch gut ausgestatteter Finanzämter. Als Leiterin des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Beschäftigten in den Finanzämtern für ihren unermüdlichen Einsatz unter schwierigen Bedingungen zu danken, denn ohne diesen Einsatz wäre Steuergerechtigkeit undenkbar. Der vau wünsche ich weiterhin so viele interessierte Leserinnen und Leser und viel Erfolg in der Zukunft. Ich freue mich jedenfalls schon auf die nächsten Ausgaben.

Ihre  
Susanne Stumpenhusen



Susanne Stumpenhusen  
Leiterin des  
ver.di-Landesbezirks  
Berlin-Brandenburg

Foto: Kay Herschelmann

HEISS

# ver.di-Jugend – Ein heißer Tipp

Am 6. Juli 2015 konnten wir die Anwärterinnen und Anwärter in Königs Wusterhausen mit leckerem Eis von der Hitze des Sommers ablenken. Das war eine gelungene Unterbrechung beim Büffeln des eher trockenen Steuerrechts. Und wir haben ihnen eine „heiße“ Postkarte überreicht mit unseren aktuellen Themen und dem Angebot, bei uns aktiv einzusteigen.

## Wie steht es eigentlich um die Ausbildungssituation unserer AnwärterInnen allgemein?

Während der Ausbildung erhalten unsere AnwärterInnen noch immer kein Trennungsgeld, wie in den anderen Bundesländern. Das fordert ver.di schon seit langem – zuletzt in einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Florian Graf. Wir halten diese Ausgleichszahlung angesichts der oft enormen Fahrzeit und der Notwendigkeit der Anmietung von Zimmern in KW für ebenso dringend erforderlich wie Zuschüsse zu den Wohnkosten in KW. An diesen Themen bleiben wir dran.

## Und wie geht es nach erfolgreich absolvierter Laufbahnprüfung weiter?

Endlich erhalten nun alle AnwärterInnen, die ihre Laufbahnprüfung bestanden haben, das Angebot für eine Weiterbeschäftigung in einem Berliner Finanzamt. Allerdings erhalten die AnwärterInnen, die mit einem „Ausreichend“ ihre Ausbildung beenden, allesamt zunächst nur das Angebot eines befristeten Arbeitsvertrages als Tarifbeschäftigte. Immerhin wird nun bereits nach spätestens 18 Monaten auch für sie die Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe möglich. Das ist zwar eine von ver.di immer wieder geforderte Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahren, wir halten jedoch an unserer Forderung fest, alle, die die Laufbahnprüfung bestehen, sofort in ein Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen. Das wäre ein Zeichen echter Wertschätzung und angesichts der prekären Personalsituation ohnehin geboten.

Für die KollegInnen aus der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt fordern wir als ver.di weiterhin den direkten Einstieg mit der Besoldungsgruppe A 7. Und auch für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt halten wir die Anhebung des Eingangsamtes von A 9 auf A 10 für absolut gerechtfertigt. Die Berliner Steuerverwaltung ist dringend auf Nachwuchs angewiesen. Schon heute ist klar, dass die jährlich 150 Ausbildungsplätze pro Laufbahn nicht ausreichen werden, um den Personalbestand auch nur zu halten. Die Anhebung der Eingangsamter würde die Attraktivität einer Ausbildung in der Steuerverwaltung deutlich erhöhen. Die Senatsverwaltung für Finanzen ist aufgefordert, alles zu tun, um im Konkurrenzkampf mit anderen Verwaltungen und der privaten Wirtschaft um die besten Bewerberinnen und Bewerber zu bestehen. Wir brauchen und wollen mehr AnwärterInnen in den Berliner Finanzämtern, und wir brauchen die personellen Voraussetzungen, um eine gute praktische Ausbildung zu gewährleisten. Auch hier muss dringend etwas getan werden.

## ver.di-Jugend gewinnt die HJAV-Wahl klar mit 8:1

Unter dem Slogan „Wir machen's zum Thema“ hat die ver.di-Jugend die vorgezogenen Wahlen zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) in Berlin mit 8:1 Sitzen klar gewonnen. Auf die ver.di-Jugend aus den Finanzämtern, die mit Ole Hansen (FA Tempelhof), Thomas Mielke (FA Neukölln), Maria Munkelt (FA Zehlendorf) und Sarah Titz (FA Kö III) auf der ver.di-Liste stark vertreten war, entfielen 61 der 87 abgegebenen Stimmen und damit mehr als 70 Prozent. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!

Für Fragen stehen wir Euch gerne zur Verfügung:

**Sam:** [Samuel.Szillat@fa-koerperschaften-iii.verwalt-berlin.de](mailto:Samuel.Szillat@fa-koerperschaften-iii.verwalt-berlin.de), 90 24 - 3 15 74

**Yvi:** [Yvonne.Schulze@fa-koerperschaften-iii.verwalt-berlin.de](mailto:Yvonne.Schulze@fa-koerperschaften-iii.verwalt-berlin.de), 90 24 - 3 14 82 oder

**Mia:** [Maria.Munkelt@fa-zehlendorf.verwalt-berlin.de](mailto:Maria.Munkelt@fa-zehlendorf.verwalt-berlin.de), 90 24 - 2 51 13

10 Jahre  
vau-Redaktion



Samuel Szillat



Eric Lausch

# Zeit für ein Gespräch

Die ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung führte am 18. Juni mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden, Florian Graf, und dem haushaltspolitischen Sprecher, Christian Goiny, ein zweistündiges Gespräch zu aktuellen Themen der Finanzämter. Besprochen wurden u.a. die Personal- und IT-Ausstattung, die Ausbildung und die Umstrukturierung der Finanzämter für Körperschaften. Eine personelle Vollaussstattung mit 100 % des PersBB-Ergebnisses und ein verstärkter Einsatz bei der Nachwuchsgewinnung wurden von uns dabei eingefordert. Wir haben die CDU-Fraktion außerdem gebeten, sich für die Einführung des Trennungsgeldes und die Übernahme der Unterbringungskosten in KW für die AnwärterInnen einzusetzen. Auch die Zusage einer verbindlichen Übernahme nach erfolgreicher Prüfung bereits bei Beginn der Ausbildung und eine verbesserte personelle Ausstattung der IT-Betreuung durch das TFA standen auf unserem Forderungskatalog. Die Nachfrage zur Umstrukturierung der Finanzämter für Körperschaften durch die CDU zu diesem späten Zeitpunkt hatte uns überrascht, da wir unsere eindeutig ablehnende Haltung bereits den Finanzsenatoren Nußbaum und Kollatz-Ahnen sowie den Fraktionen im Abgeordnetenhaus wiederholt mitgeteilt hatten. Unsere Position ist unverändert. Wir haben auf die bereits umfangreichen vorbereitenden Arbeiten und erste personelle Maßnahmen hingewiesen. Das Gespräch verlief in einer angenehm offenen und intensiven Arbeitsatmosphäre, das auch durch wertschätzende Äußerungen der Politiker gegenüber den Beschäftigten der Steuerverwaltung gekennzeichnet war. Alle Beteiligten gehen davon aus, diese Gesprächsrunde auch zukünftig fortzusetzen. Wir finden: eine gut investierte Zeit!



Christian Goiny,  
Florian Graf (CDU)



Jörg Bewersdorf,  
Yvonne Schulze,  
Eric Lausch (ver.di)

Fotos: CDU-Fraktion  
Berlin, Thorsten Schatz

ANZEIGE

Bundesweit für Sie da:  
Mit Direktbank und  
wachsendem Filialnetz.

## Für uns: der Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
<sup>2)</sup> Kondition freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel den flexiblen Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>.

• **6,99 % Sollzinssatz (veränderlich) p.a.<sup>2)</sup>**

**Beispiel:** Nettodarlehensbetrag: 10.000,- Euro; Laufzeit: 12 Monate; Sollzinssatz (veränderlich): 6,99 % p.a.; **Effektiver Jahreszins: 7,18 %**

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 75.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an (Verlängerung möglich).

#### BBBank-Filialen in Berlin

Hausvogteiplatz 3-4, 10117 Berlin, Tel. 030/2 02 48-0 • Luisenstr. 41, 10117 Berlin, Tel. 030/28 30 46-0  
Augsburger Str. 5, 10789 Berlin, Tel. 030/21 48 94-0 • Fehrbelliner Platz 5, 10707 Berlin, Tel. 030/2 21 90 36 60-0

**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# „Ich war leidenschaftlich gerne GPR-Vorsitzender“

Interview mit dem scheidenden GPR-Vorsitzenden Klaus Wilzer und seinem designierten Nachfolger Jörg Bewersdorf



Jörg Bewersdorf



Anke Misir



**Klaus Wilzer (65) war fast 23 Jahre Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Finanzämter. Sein designierter Nachfolger Jörg Bewersdorf (55) hat in verschiedensten Funktionen seit 35 Jahren umfangreiche Erfahrungen in der Interessenvertretung gesammelt.**

**vau:** Klaus, du hast gerade deinen 65. Geburtstag gefeiert. In wenigen Tagen bist du also nach fast 23 Jahren nicht mehr GPR-Vorsitzender. Wie geht's dir dabei?

**Klaus Wilzer:** In all den Jahren war ich leidenschaftlich gerne GPR-Vorsitzender. Dabei war es mir immer wichtig, nicht in Routine zu verfallen, sondern mich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen. Das haben mir die Wählerinnen und Wähler offensichtlich abgenommen und unsere Mehrheit im GPR fünf Mal hintereinander bestätigt.

**vau:** Welche Themen lagen dir besonders am Herzen?

**Klaus Wilzer:** Der Beginn meiner Arbeit war vom Aufbau der neuen Finanzämter geprägt. Ich habe gerade am Anfang die örtlichen Personalräte unterstützt und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort beraten. Dieser persönliche Kontakt ist mir bis heute wichtig. Dann ist

da noch das Dauerthema der Anwärterübernahme, die von der damaligen Finanzsenatorin Fugmann-Heesing 1997 erstmals in Frage gestellt wurde.

**Jörg Bewersdorf:** Und das steht bis heute auf der Tagesordnung. Mit der ver.di-Aktion „run for 4“ im Juli 2012 haben wir das Thema erfolgreich in die Öffentlichkeit gebracht und inzwischen erreicht, dass alle, die ihre Laufbahnprüfung bestanden haben, weiterbeschäftigt werden.

**Klaus Wilzer:** Angesichts der Ausgangslage ist das ein großer Erfolg ...

**Jörg Bewersdorf:** ... auch durch die aktive Teilnahme zahlreicher Anwärterinnen und Anwärter an unseren Aktionen. Unser Ziel bleibt aber die sofortige Übernahme ins Beamtenverhältnis nach bestandener Laufbahnprüfung.

**vau:** Das wird nun eine deiner Aufgaben als künftiger GPR-Vorsitzender sein. Was hast du dir sonst noch vorgenommen?

**Jörg Bewersdorf:** Wir brauchen eine bessere personelle Ausstattung in den Finanzämtern. Dazu müssen die durch die Personalbedarfsberechnung errechneten Stellen angemeldet werden. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Arbeitsbelastung ist immens, die IT-Ausstattung lässt zu wünschen übrig. Da muss dringend etwas geschehen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wird immer wichtiger. Telearbeit und Eltern-Kind-Arbeitsplätze sind gute Angebote. Was die Betroffenen aber besonders brauchen sind Führungskräfte, die für die Situation Verständnis haben, und eine größtmögliche Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Eine gute betriebliche Gesundheitsförderung darf sich nicht in wöchentlich einer Stunde für gesundheitsbegleitende Maßnahmen erschöpfen. Was wir brauchen ist gute Arbeit, die nicht krank macht.

Wie Klaus werde auch ich den persönlichen Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern suchen.

**vau:** Jörg, dir wünschen wir viel Erfolg für deine neue Aufgabe und Klaus, dir wünschen wir für die Zukunft alles Gute.

# Gerechtigkeit geht anders

Im Mai 2015 fand bereits zum dritten Mal eine steuerpolitische Fachtagung von ver.di statt. Von der stellvertretenden ver.di-Bundesfachkommissionsvorsitzenden Daniela Ortmann wurde die zunehmende Steuerungerechtigkeit im Land durch einseitige Begünstigung der Reichen problematisiert und die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert. Politisch angeordneter Personalmangel in den Finanzämtern und angewiesener mangelnder Steuervollzug verschärfen diese Situation. Die geplante sogenannte „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“, an der das Bundesministerium arbeitet, würde wegen der dann vorgeschriebenen ungeprüften Übernahme von bis zu 80% aller Steuererklärungen endgültig jeden Gerechtigkeitsgedanken ad absurdum führen und die Verfassungswidrigkeit im Besteuerungssystem bedeuten.



Mehr? [bund-laender.verdi.de/fachgruppen/finanz-und-steuerverwaltung/++co++18106aa6-0062-11e5-a7d9-525400248a66](http://bund-laender.verdi.de/fachgruppen/finanz-und-steuerverwaltung/++co++18106aa6-0062-11e5-a7d9-525400248a66)

ANZEIGE

**Schutz und Sicherheit  
für mehr finanziellen  
Freiraum, NÜRNBERGER  
Beamtendarlehen**



**NÜRNBERGER**  
Beamten Versicherungen

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG  
Telefon 0911 531-4871  
MBoeD@nuernberger.de, [www.nuernberger-beamten.de](http://www.nuernberger-beamten.de)

Partner für den Öffentlichen Dienst seit 1908

# Senatsverwaltung für Finanzen Haushaltsrundschreiben Nr. 08/15: Arbeitszeitneugestaltung (Arzneu)



10 Jahre  
vau-Redaktion



Foto: Kay Hirschelmann

Daniela Ortmann

Nach Kenntnis der Senatsverwaltung für Finanzen verbrauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern zuviel Zeit nutzlos vor dem PC, um auf Arbeitsergebnisse zu warten. Aus verwaltungsökonomischen Gründen und in Zeiten restriktiven Haushaltens kann diese Verschwendung von Zeit, in denen das ohnehin nach Jahren fortgeschrittene Personal sinnlos vor sich hin altert, nicht länger hingenommen werden. Ab dem 01.10.2015 gelten daher folgende Regeln:

1) Die Beschäftigten sind gehalten, ab einer Wartezeit von 10 Sekunden (Countdown wird eingeblendet) alters- und altersgerechte Sportübungen zu absolvieren. Angesichts der ebenfalls aus Haushaltsgründen in den Büros vorherrschenden räumlichen Enge sind Übungen zu bevorzugen, die im Sitzen durchgeführt werden können, wie z.B. Sitzsteppen, Schulterkreisen, Faustballen, Augenzwinkern. Derzeit wird in Berliner Altenheimen nach weiteren geeigneten Übungen nachgefragt; Vorschläge von Beschäftigten, die Angehörige pflegen, können eingereicht werden.

- 2) Es ist der Senatsverwaltung gelungen, mit führenden Pharmaunternehmen einen Quick-Gesundheits-Check zu entwickeln. Ab einer Wartezeit von 70 Sekunden (also nach 60 Sekunden sportlicher Betätigung) beantworten die Beschäftigten Fragen zu ihrem Gesundheitsstatus. Antwortengesteuert erfolgen danach Produktinformationen zu Haar-, Gedächtnis- und Kontrollverlust (unverhoffter Harndrang oder Hormonschwankung). Achtung! Die Fragen sind wahrheitsgemäß zu beantworten; verzögertes oder widersprüchliches Antwortverhalten kann als Leistungsverweigerung angesehen werden und in die nächste Beurteilung einfließen.
- 3) Die aus Nummer 2) generierten Werbeeinnahmen fließen dem Berliner Haushalt zu.
- 4) Für den täglichen Ansporn wird in einem ständigen Fließtext der anonymisierte Binnenvergleich in jedem F/E-Team angezeigt. Der eigens dafür entwickelte Logarithmus setzt Lebensalter, Tippgeschwindigkeit und Kennzahlenlänge ins Verhältnis und ermittelt zehntelsekundengenau das Ranking im Team. Eine individuelle Leistungskontrolle ist hiermit selbstverständlich nicht bezweckt.
- 5) Aufgrund des finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses Berlins zum Steuersoftwareentwickler Bayern werden Wünsche nach besseren Programmen zwar verstanden, aber nicht weitergeleitet. Von entsprechenden Meldungen an den Helpdesk ist daher ab sofort abzusehen.

Dr. Unzeit

Die vau sowie weitere  
Informationen und  
Links können Sie bei  
[www.vau-online.de](http://www.vau-online.de)  
einsehen.

